

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0215/2016
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	16.06.2016	zur Kenntnis
Haupt- und Finanzausschuss	30.06.2016	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Aktuelle Haushaltsentwicklung im Flüchtlingsbereich

Inhalt der Mitteilung

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann und der Haupt- und Finanzausschuss nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur aktuellen Haushaltsentwicklung (Stand: 01.05.2016) im Flüchtlingsbereich (Produkte 005.500.020 und 005.500.040) zur Kenntnis.

Vorbemerkungen:

Für die Kalkulation der Haushaltsansätze im Flüchtlingsbereich sind von der Verwaltung einige Grundannahmen getroffen worden. So wurde für das Jahr **2016** mit einer durchschnittlich zu betreuenden Flüchtlingszahl in Höhe von **2.200 Personen** gerechnet.

Nachdem nun die ersten fünf Monate des Jahres nahezu abgelaufen sind, ist zu beobachten, dass die Zuweisungen weitaus geringer sind als angenommen. Auch im Monat Mai sind keine Flüchtlinge nach Bergisch Gladbach im Rahmen der Regelzugweisung zugewiesen worden.

Die weitere Prognose der Zugänge ab Juni wurde von 100 Personen/Monat auf 75 Personen/Monat reduziert, wobei noch einmal ausdrücklich festzuhalten ist, dass es derzeit von keiner Stelle valide Informationen dazu gibt, wann und mit welchen Zahlen die Regelzuweisungen wieder aufgenommen werden. Unterstellt man für den restlichen Verlauf des Jahres die oben

erläuterten Zuwachszahlen, ergibt sich für das laufende Jahr 2016 eine neue durchschnittlich zu betreuende Personenzahl von circa **1.700 Personen**. Inwieweit sich die aktuelle politische Entwicklung (EU-Türkei-Abkommen) auf die weitere Zuwanderung von Flüchtlingen auswirkt, kann zurzeit noch nicht abgesehen werden. Insofern sind Veränderungen der prognostizierten Personenzahlen zu erwarten.

Es ist beabsichtigt, den Ausschuss jeweils zum Sitzungstermin mit einer entsprechend aktualisierten Mitteilungsvorlage über die weitere Haushaltsentwicklung zu informieren.

Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes NRW

Der Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) in den Turnhallen Sand und Feldstraße wird zum 30.06.2016 vereinbarungsgemäß aufgegeben. Es wird aktuell mit Aufwendungen in Höhe von **1,8 Mio. €** für diesen Bereich kalkuliert. Da das Land hier eine vollständige Kostenerstattung zugesagt hat, ist mit Erträgen in gleicher Höhe zu rechnen.

Aufwandsseite

Produkt 005.500.020 (Leistungen an Asylbewerber)

In diesem Produkt sind die Aufwendungen abgebildet, die unmittelbar (in Form von Geld- oder Sachleistungen) an den Personenkreis ausgezahlt werden (Laufende Leistungen, Krankenhilfe, Grundleistungen, usw.). Die Ermittlung der Ansätze erfolgte auf Basis der o.g. jahresdurchschnittlichen Flüchtlingsanzahl. Aufgrund der bisher günstiger verlaufenden Entwicklung wurden diese Ansätze mit dem neu kalkulierten Jahresdurchschnitt (1.700 Personen) überarbeitet. **Hieraus ergeben sich voraussichtlich Minderaufwendungen in diesem Produkt in Höhe von circa 4,2 Mio. € im Vergleich zur Haushaltsplanung.**

Produkt 005.500.040 (Unterbringung von Flüchtlingen)

In die Prognose für die Kosten der Flüchtlingsunterbringung sind die aktuellen Entwicklungen eingeflossen (Schließung der Unterkunft Schwerfelstraße, Umwandlung Erstaufnahmeeinrichtung Feldstraße in eine Regelunterkunft, Inbetriebnahme der Großunterkünfte IGP und Carpark).

Hieraus ergibt sich für 2016 ein voraussichtlicher Mehrbedarf in Höhe von circa 2,7 Mio. € im Vergleich zur Haushaltsplanung. Dies resultiert insbesondere daraus, dass bei der Erstellung der Haushaltsplanung die Inbetriebnahme größerer Standorte (IGP, Kenfenheuer, Carpark) so noch nicht abzusehen war.

Investive Mittel

Aktuell erfolgt die Ausstattung zweier neuer Standorte (IGP und Kenfenheuer). Voraussichtlich im Herbst steht die Ausstattung des Standortes Lückerath (Carpark) an. Je nach Entwicklung der Regelzuweisungen werden ggfls. weitere zusätzliche Unterkünfte erforderlich. Hier bleibt die Entwicklung abzuwarten. Um die Standorte ausstatten zu können (z.B. Elektrogroßgeräte sog. „weiße Ware“) ist es notwendig die investiven Mittel in diesem Bereich im laufenden Haushaltsjahr aufzustocken. **Der investive Mehrbedarf wird auf 160 T € beziffert.**

Ertragsseite:

In dieser Produktgruppe stellen die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG – die größte Position auf der Ertragsseite dar.

Aktuell gibt es im Vergleich zur Mitteilungsvorlage (vgl. DS-Nr. 0104/2016) aus der letzten Ausschusssitzung keine neuen Erkenntnisse. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass es spätestens im 4. Quartal 2016 zu Gesprächen zwischen Politik und kommunalen Spitzenverbänden kommen wird (sog. Revisionsklausel 2016). In welcher Höhe aufgrund dieser Ankündigung in 2016 noch mit weiteren Landeszuweisungen zu rechnen ist, lässt sich aktuell nicht realistisch einschätzen.

Die in den Grundleistungen enthaltenen Unterkunftskosten (Aufwandsseite Produkt 005.500.020) fließen bei dem Personenkreis, der in städtischen Übergangsheimen untergebracht ist, als Benutzungsentgelte (Ertragsseite Produkt 005.500.040) wieder zurück. Deshalb wirkt sich die oben skizzierte Aufwandsminderung aufgrund der angenommenen günstigeren Fallzahlentwicklung auf der Ertragsseite (Benutzungsentgelte) mindernd aus.

Fazit

Für den städtischen Haushalt ergibt sich somit voraussichtlich eine Deckungslücke in Höhe von 9,4 Mio. €. Im Vergleich zur letzten Mitteilung (DS-Nr. 0104/2016) hat sich die Deckungslücke damit um 5,8 Mio. € reduziert. Die Verwaltung weist darauf hin, dass sich hier im Laufe des Jahres allerdings noch erhebliche Schwankungen ergeben können, da wie erläutert, nicht absehbar ist, wie sich die Zuweisungspraxis und die Einreise der Menschen entwickeln werden.

Minderaufwendungen	-4.200.000 €
Mehraufwendungen	2.700.000 €
Mindererträge	10.911.313 €
Saldo	9.411.313 €